

1.300 EURO brutto: ein Erfolg mit großem Nutzen

Die globale Bedeutung von lokalen Kollektivvertragsverhandlungen

Fotos: © Ulrich Baumgarten / vario images / picturedesk.com



2014 befinden sich die Europäische Union und in deren Herzen Österreich nach wie vor in den Auswirkungen des Finanzkrisenjahres 2008. Aufgrund des vielerorts diktierten strengen Sparkurses der Mitgliedsstaaten nimmt die Konjunktur kaum Fahrt auf. Volkswirtschaften weisen diesbezüglich zwei relevante Parameter auf: Export und Binnennachfrage, also die Kaufkraft der Bürgerinnen im Land.

Unerfreuliche Entwicklungen

Österreich hat einen Handelsbilanzüberschuss. Das bedeutet, wir exportieren mehr als wir importieren. 80% unsere Exporte fließen nach Europa, 69% in die EU. Insofern trifft uns die miserable Lage der meisten Mitgliedsstaaten indirekt, da Arbeitslose, Personen mit gekürzten Pensionen bzw. Zuschüssen und Staaten mit angespannten Haushalten weniger Produkte kaufen. Die Gewerkschaften haben von Anfang an

gegen die Spardiktate der EU-Kommission argumentiert, aber die konservativ dominierte EU kam unseren Vorschlägen nicht nach. Somit können wir leider regelmäßig den Medien neue Meldungen über Rekordarbeitslosenstände entnehmen und registrieren eine enorme Zunahme von Armut in Europa, was unter anderem dazu führt, dass Kinder nicht mehr versorgt werden können und in Heime abgegeben werden.

Engagierte Kollektivvertragspolitik

Die zweite wichtige Säule der Konjunktur ist die Binnennachfrage – also was Herr und Frau Österreicher einkaufen. Damit sind wir beim Einkommen angelangt und somit bei den Kollektivvertragsverhandlungen. Der Österreichische Gewerkschaftsbund verhandelt in ca. 860 Kollektivverträgen die Gehaltsbasis für 98% der Arbeiter und Angestellten. Der engagierten Kollektivvertragspolitik ist es zu verdanken, dass zum Beispiel der österreichische Handel bis jetzt keine bemerkenswerten Auswirkungen der Krise verzeichnen

musste. Auch unser Sozial- und Gesundheitssystem ist direkt abhängig von den Beiträgen der unselbstständig Erwerbstätigen und damit von den Gehaltserhöhungen, die wir regelmäßig verhandeln.

Einigung auch in Niederösterreich

Der Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier (GPA-djp) ist es nun auch mit der Ärztekammer für Niederösterreich gelungen, ein neues Gehaltsschema im Kollektivvertrag zu verankern. Dieser Vereinbarung sieht in zwei Schritten (1.1.2014 und 1.1.2015) ein Mindestgehalt von 1.300 Euro vor. Eine Ordinationsassistenz findet sich nun in der neuen Verwendungsgruppe 2 mit einem Mindestgehalt

Auch unser Sozial- und Gesundheitssystem ist direkt abhängig von den Beiträgen der Arbeitnehmerinnen und damit auch von Gehaltserhöhungen.

ab 1.1.2015 von 1.353 Euro wieder. Angestellte, die über dem kollektivvertraglichen Mindestgehalt entlohnt werden, bekommen in zwei gleich großen Schritten 3,34%

mehr Gehalt (vulgo IST-Erhöhung). Eingerechnet wird dabei die Erhöhung der Gefahrenzulage um 11,9%.

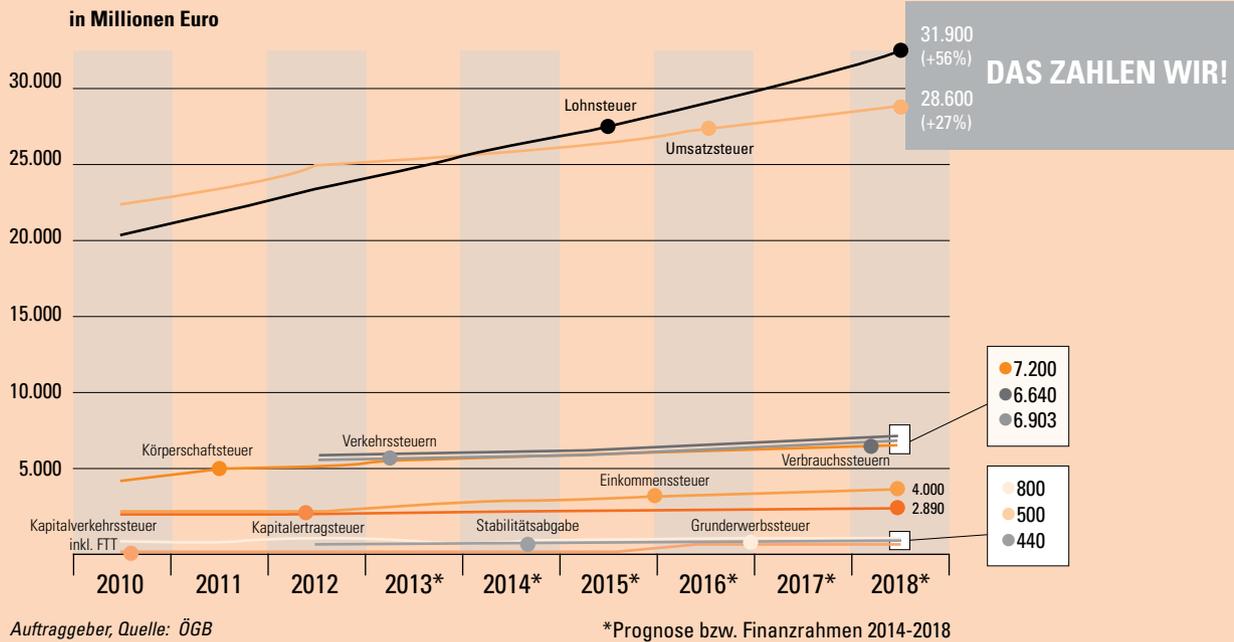
Großer Nutzen für die Wirtschaft

Aus den oben beschriebenen Umständen hat dieser Kollektivvertragsabschluss eine wichtige Bedeutung. Einerseits ist es nicht einzusehen, dass qualifizierte Angestellte unseres Gesundheitssystems im Bereich der Armutgefährdung entlohnt werden, andererseits leisten Arbeitnehmerinnen im niedrigeren Einkommensbereich durch ihre Konsumausgaben einen wesentlichen Beitrag für die österreichische Volkswirtschaft. Werden diese Gehälter ordentlich erhöht, fließt diese Erhöhung zu einem großen Teil über Beiträge in das Gesundheits- und Sozialsystem und



Autor: Georg Grundei,
diplômé, Wirtschaftsbereichs-
sekretär GPA-djp

► Darum bleibt uns immer weniger Geld ... die Aktion „Lohnsteuer runter!“ will gegensteuern



über Konsumausgaben zurück in die Volkswirtschaft. Es ist also das Gebot der Stunde, Verantwortung zu übernehmen und seinen Beitrag zu leisten, damit die Entwicklung in Österreich in eine positive Richtung läuft.

Aktion „Lohnsteuer runter!“

Um diesen Effekt nun noch zu verstärken, kämpfen wir für eine Lohnsteuerreform. Wir verlangen eine Neugestaltung der Steuerstruktur und eine Absenkung des Einstiegssteuersatzes von 34% auf

25% für Jahreseinkommen von 11.000 bis 20.000 Euro. Das bedeutet zum Beispiel, dass Dienstnehmer mit einem monatlichen Einkommen von 1.400 Euro eine jährliche Verringerung der Lohnsteuer um 55,53% oder 420,13 Euro erfahren würden. Eine Teilzeitbeschäftigte mit z. B. 1.000 Euro brutto/Monat sollte nach unserem Modell durch eine Anhebung der Negativsteuer 340 Euro mehr im Börserl haben. In Österreich zahlen wir Arbeitnehmer durch die kalte Progression, also das Nicht-Valorisieren der Steuerstufen, 2014 erstmals mehr Lohn-

steuer als Umsatz(Mehrwert-)steuer. Über zwei Drittel des gesamten Steueraufkommens leisten wir durch diese beiden Massensteuern (siehe Abbildung), während Unternehmen nur zu einem sehr geringen Teil und Multimillionäre in Österreich steuerlich überhaupt kaum belangt werden. Die Forderung der Lohnsteuersenkung ist also nicht nur gerecht, sondern macht auch aufgrund der oben eingeführten wirtschaftlichen Zusammenhänge Sinn. Helfen Sie mit unter www.lohnsteuer-runter.at.



**Ein Schritt nach vorn ...
... bei der Prävention von invasiven
Pneumokokken-Erkrankungen**

Prevenar 13® ist der erste und einzige Pneumokokken-Konjugatimpfstoff, der für alle Altersgruppen ab 6 Wochen zugelassen ist.

- Die Pneumokokken-Impfung ist für Erwachsene ab 50 Jahren im aktuellen Österreichischen Impfplan empfohlen.¹
- Für Personen aller Altersgruppen mit erhöhtem Risiko ist die Pneumokokken-Impfung besonders dringend empfohlen.¹

Referenz:
1. Aktueller Österreichischer Impfplan, abzurufen unter: <http://www.bmg.gv.at>

**Nicht vergessen!
Pneumokokken-Impfung
von 1. September 2014
bis 28. Februar 2015**

